

Standort Deutschland in der Krise: Das Konjunkturpaket II als Antwort

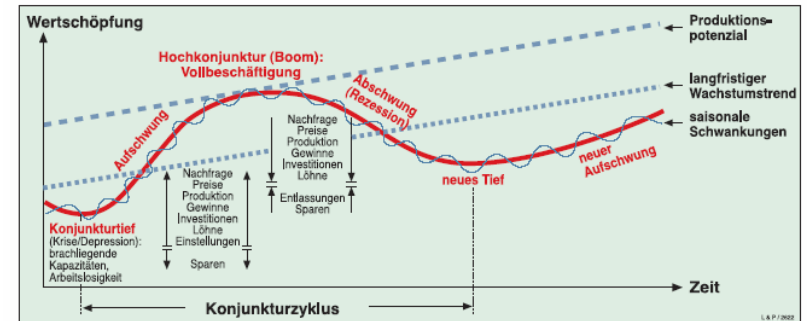
Mit zusätzlichen Ausgaben des Bundes in Höhe von 13 Milliarden Euro sollen in den nächsten zwei Jahren Investitionen von insgesamt 50 Milliarden Euro ausgelöst und eine Million Jobs gerettet werden. Das Paket besteht aus vielen einzelnen Maßnahmen: Beim Kauf von Neuwagen entfällt die Kfz-Steuer, wenn das Auto bis Ende Juni 2009 angemeldet wird. Außerdem sieht das Paket Investitionen in die Infrastruktur, bessere Möglichkeiten für die Wirtschaft zur Steuerersparnis und die Förderung von Aufträgen für das Handwerk vor.

Das Herbstgutachten der Wirtschaftsweisen

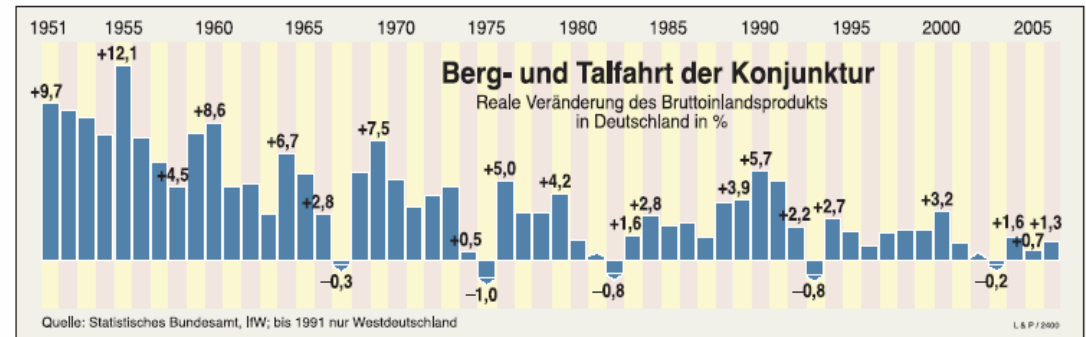
Die deutsche Wirtschaft gleitet nach Einschätzung des Sachverständigenrates im kommenden Jahr in eine Rezession ab. Das Wachstum werde allenfalls die Null-Linie erreichen, die Arbeitslosigkeit steigen, die Zahl der Erwerbstätigen fallen. Dabei wird das schnelle Eingreifen in der Finanzmarktkrise gelobt, das geplante Konjunkturpaket der Bundesregierung zur Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung aber kritisch gesehen. Angesichts solch gravierender Schocks im Finanzsystem sei es unvermeidlich, dass auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werde, zumal die Weltkonjunktur nach einer sehr langen und kräftigen Expansionsphase ohnehin in eine zyklische Abschwächung geraten sei. Für Deutschland werde nach einem Plus von 1,7 Prozent in diesem Jahr der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stagnieren. Positive Impulse auf die Konjunktur könnten dagegen von fallenden Rohstoffpreisen sowie von der Wirtschaftspolitik ausgehen. Das gebe der Europäischen Zentralbank (EZB) weitere Möglichkeiten für Zinsanpassungen, die der Rat empfiehlt. Angesichts der „ungewöhnlich großen Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung“ hält der Rat es für vertretbar, „wenn im nächsten Jahr die öffentlichen Nettoinvestitionen ausgeweitet und durch ein höheres Defizit finanziert werden.“ Hierfür eigneten sich insbesondere schon

genehmigte öffentliche Vorhaben in der Verkehrsinfrastruktur. Er empfiehlt auch höhere Ausgaben im Bildungsbereich. Skeptisch äußerten sich die Sachverständigen dagegen zu anderen Bestandteilen des von der Regierung beschlossenen Paketes. Kritisch sieht der Rat vor allem die geplante Aussetzung der Kraftfahrzeugsteuer für ein oder zwei Jahre und die stärkere Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen.

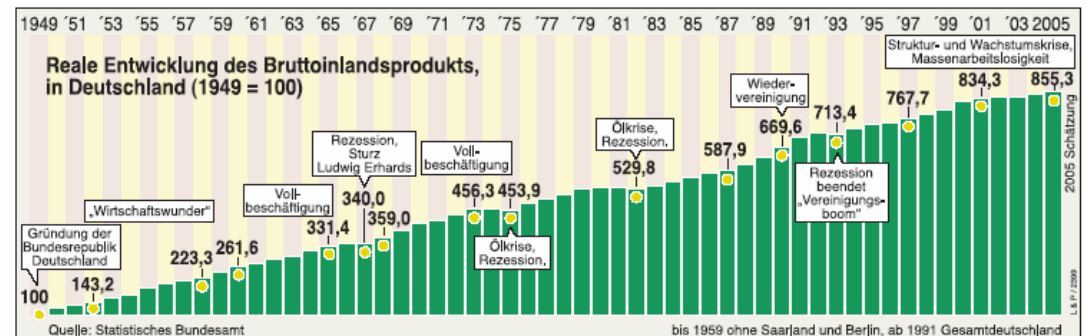
Grafik 1: Modell eines Konjunkturzyklus



Grafik 2: Wirtschaftswachstum in Deutschland



Grafik 3: Bruttoinlandsprodukt (real)



Nachdem Anfang Dezember 2008 das sogenannte **Konjunkturpaket I** verabschiedet worden war - die Haushalte von Bund und Ländern stellen in den nächsten zwei Jahren 32 Milliarden Euro zu Verfügung, vor allem für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur - hat die Bundesregierung am 13. Januar 2009 das **Konjunkturpaket II** beschlossen, damit der Wirtschaftsabschwung in Deutschland nicht so schlimm ausfällt. Es umfasst 49,2 Milliarden Euro und gilt für die Jahre 2009 und 2010:

Summe	Maßnahme
17,3 Mrd.	Investitionen in Schulen, Straßen, Krankenhäuser
9,0 Mrd.	Senkung des Krankenversicherungsbeitrags
8,9 Mrd.	Steuersenkungen
5,4 Mrd.	Maßnahmen zur Fortbildung und Arbeitsplatzsicherung
1,8 Mrd.	100 Euro pro Kind („Kinderbonus“)
1,5 Mrd.	2.500 Euro pro Neuwagen – „Abwrackprämie“: Wer sich noch im Jahr 2009 einen umweltfreundlichen Neu- oder Jahreswagen kauft und dafür sein altes Auto verschrottet, kann mit einem Zuschuss des Staats in Höhe von 2.500 Euro rechnen. Voraussetzung dafür ist, dass der alte Wagen mindestens neun Jahre alt ist und seit einem Jahr oder länger auf den Halter zugelassen war.
5,3 Mrd.	Sonstige Maßnahmen

Laut Bundesfinanzministerium liegt die Entlastung für einen ledigen, kinderlosen Arbeitnehmer je nach Jahreseinkommen zwischen 15 und 224 Euro im Jahr 2009. Ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern kommt 2009 auf 215 bis 520 Euro. Etwas größer fällt die Entlastung 2010 aus, allerdings nicht für Familien mit Kindern, da ja der Kinderbonus nur einmal gezahlt wird, nämlich im Jahr 2009.

Ziele des Konjunkturprogramms

Indem die Regierung viel Geld ausgibt, will sie der Konjunktur helfen. Der Begriff „Konjunktur“ steht dafür, wie gut oder schlecht es allen Firmen zusammen geht. Ob sie viel Geld verdienen oder eben nicht. Er beschreibt also die allgemeine Wirtschaftslage und damit letztlich auch, wie viel man verdient und ob man überhaupt eine Arbeitsstelle

eine Arbeitsstelle hat. Jede Kinokarte, die gekauft wird, stützt ebenfalls die Konjunktur. Denn dadurch haben die Leute im Kino Arbeit, und mit ihrem Lohn können sie sich etwas kaufen. Deshalb ist eine gute Konjunktur wichtig. Ist sie schlecht, können viele Menschen arm werden. Zugleich setzt die Bundesregierung darauf, dass jeder Euro, den sie in das 50-Milliarden-Paket steckt, ein Vielfaches an Wirkung entfaltet. Ökonomen sprechen vom sogenannten **Multiplikator-Effekt**.

Diejenigen, die das Geld des Staats erhalten, werden den größten Teil wieder ausgeben, zum Beispiel für den Kauf einer Küche. Der Küchenhändler und der Küchenhersteller verdienen daran. Sie stellen im besten Fall neue Leute ein oder geben ihren Gewinn anderweitig aus. Auch die neuen Beschäftigten werden den größten Teil ihres Gehalts ausgeben. Davon wiederum profitieren andere Unternehmen und deren Mitarbeiter. Im Idealfall sorgt jeder staatliche Euro also dafür, dass die privaten Ausgaben deutlich ansteigen. Finanziert wird das Konjunkturprogramm durch Schulden, die der Staat - so hofft er - wieder zurückzahlen kann, wenn die Wirtschaftsleistung und dadurch die Steuereinnahmen zunehmen.

Nach: <http://www.neue-oz.de/>, 14.01.2009



Lastenverteilung; Zeichnung: Gottscheber, 13.01.2009